

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

23.7.1925 (No. 168)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Gef. Redakteur  
C. Amen,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abgabe, die als Kassenabgabe gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerverkauf, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Abgabe fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böser Gewalt, Streit, Exzesse, Ausschreitungen, Unruhen, Unzufriedenheit, Betriebsstörungen im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckausgaben werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die aussenpolitische Debatte

Wenn man sich heute die Tatsache vor Augen hält, daß alle irgendwie bedeutenden Instanzen des politischen Lebens der deutschen Sicherheitsnote zugestimmt haben, und daß auch gestern die aussenpolitische Debatte im Reichstag die Einmütigkeit der erdrückenden Mehrheit unseres Volkes in aussenpolitischer Hinsicht klar offenbarte, dann kann man es kaum begreifen, wie es in der vergangenen Woche zu derartig heftigen Auseinandersetzungen unter den Parteien der Regierungskoalition kommen konnte. Entweder ist es, wie die Spötter behaupten, faktisch die fürchterliche Sommerhitze und der Wunsch nach Ferienholung gewesen, die beide die Krisenstimmung vertrieben, oder aber es ist dem Reichskanzler Luther und Herrn Stresemann wirklich gelungen, den Deutschnationalen eine bessere Einsicht beizubringen.

Wer die gefrige Rede des Sprechers der Deutschnationalen, den Grafen Westarp, liest, wird sich gleichfalls fragen, wozu denn nun eigentlich der ganze wilde Kampf gegen Stresemann entfesselt worden ist, wenn die Deutschnationalen jetzt vor aller Öffentlichkeit ihre Zustimmung zu einer Note erklären, die ja wahrlich nichts anderes ist, als eine dokumentarisch festgelegte Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik. Die führenden Köpfe in der deutschnationalen Reichstagsfraktion werden sich wahrscheinlich gesagt haben, daß das Verbleiben in der Regierung und die Vermeidung einer Regierungskrise letzten Endes doch nützlicher für die Partei ist, als eine Fortführung der bisherigen Kampfkampagne gegen Stresemann und das damit unvermeidlich werdende Auseinanderfallen der Koalition. Die Deutschnationalen haben also, wie man bei uns in Baden sagt, das „Krötle geschluckt“.

Ob es ihnen bekommen wird, das ist eine andere Frage. Denn die politische und taktische Einsicht, wie sie die verantwortlichen Führer der Partei haben, wird man bei dem größten Teil der deutschnationalen Wählermassen wohl vergeblich suchen. Dort wird man es nicht verstehen, daß jahrelang und noch bis in die letzten Tage hinein in Broschüren, Zeitungsartikeln und Versammlungsreden die Außenpolitik des Reiches in Grund und Boden verurteilt und eines Mangels an Patriotismus bezichtigt wurde, und daß jetzt die Deutschnationalen im Reichskabinett und im Reichstag diese selbe Politik mitmachen und billigen. Natürlich werden die Differenzen in der deutschnationalen Partei nicht geringer werden.

Das erfreuliche Ergebnis der Debatte ist jedenfalls das, daß nicht nur die Regierungsparteien als solche, sondern auch die Sozialdemokraten und Demokraten sich hinter die Außenpolitik der Reichsregierung stellen. Vom Standpunkte einer einheitlichen Außenpolitik aus gesehen, kann die Reichsregierung zumal mit der Rede des

sozialdemokratischen Sprechers, des Abgeordneten Breitfeld, wohl zufrieden sein. Daß die beiden Misstrauensanträge der Deutschnationalen und der Kommunisten in der heutigen Sitzung glatt abgelehnt werden, unterliegt keinem Zweifel.

Das Reichskabinett wird die einheitliche Zustimmung der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes bei seinen Verhandlungen mit Frankreich wohl gebrauchen können. Denn inzwischen ist in Paris der Wind schon wieder ein wenig umgeschlagen. Briand zeigt sich neuerdings erheblich reservierter. Es ist möglich, daß das nur aus taktischen Gründen geschieht. Dazu ist das Interesse Frankreichs an der Lösung der Sicherheitsfrage selbst zu groß, als daß Briand sich hier den Luxus einer eigensinnigen Politik leisten könne. Aber immerhin: das Reichskabinett steht vor einer schwierigen Aufgabe und wird auf der Hut sein müssen.

### Deutscher Reichstag

M. V. Berlin, 22. Juni.

Auf der Tagesordnung steht die aussenpolitische Aussprache.

Sie wird eingeleitet durch eine Rede des Außenministers. Reichsaußenminister Dr. Stresemann verweist auf seine Erklärungen vom 18. Mai, daß eine Lösung der Sicherheitsfrage ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland sein würde. Aus dieser grundsätzlichen Haltung hätte sich die weitere Stellungnahme der Reichsregierung in der Frage des Sicherheitspactes ergeben. Welche Mächte sich an diesem Vertrag weiter beteiligen werden, lasse sich zur Stunde noch nicht übersehen. Zweifelhaft ist dabei die Stellung Italiens, das sich hoffentlich an diesem Pacte auch beteiligen werde. — In der Frage des Völkerbundes haben wir ausgesprochen, daß der Gedanke des Völkerbundes entgegenstünde der gemeinsamen Entscheidung einzelner Mächte. Wir haben den Gedanken abgelehnt, daß innerhalb des Schiedsgerichtsverfahrens der Sekundat gleichzeitig Unparteilichkeit sein kann. Wir haben es abgelehnt, das Schiedsgerichtsverfahren ersetzen zu lassen durch das einseitige suspensiose Ermessen des einzelnen Staates. — Die Darlegungen des deutschen Standpunktes haben in Paris und London volle Würdigung gefunden, so daß wir hoffen, daß die Lösung sich vollzieht in der Atmosphäre der Londoner Konferenz. Wir werden in dieser Hoffnung bestärkt durch die Tatsache, daß Frankreich und Belgien die Aberräumung noch vor dem vertragsmäßigen Termin vorgenommen haben. Ich sehe nicht an, der Genugtuung über diese Vernehmung des Friedensgeantens Ausdruck zu geben. Frankreich und Belgien haben das getan, obwohl sich der Abg. Graf Reventlow ernsthaft um den Nachweis bemüht hat, daß nach dem Wortlaut des Londoner Vertrages die Alliierten noch gar nicht zur Räumung verpflichtet seien. (Hört, hört und Entrüstungsrufe bei der Mehrheit.) Diese Stellungnahme eines deutschen Reichstagsabgeordneten in der Öffentlichkeit hat die Bemühungen des Auswärtigen Amtes um die schnelle Räumung des Ruhrgebietes nicht unterstützt (Lobhafte Zustimmung bei der Mehrheit, Unruhe bei den Wölkischen.) Wir hoffen, daß ein weiteres Entgegenkommen der anderen Mächte der Vertrauenskreis ein Ende machen wird, die durch die Nichträumung der Aäner Zone in der vertragsmäßigen Frist entstanden ist. Die Räumung der weiteren

Ruhrstädte ist angekündigt worden und wir haben keinen Anlaß, die Verwirklichung dieser Zusage zu bezweifeln. (Zurufe bei den Wölkischen und Kommunisten.) Es scheint fast, daß einzelne Gruppen dieses Hauses in der Aberräumung eine unerfreuliche Erscheinung sehen. (Zustimmung bei der Mehrheit, Unruhe bei den Wölkischen und Kommunisten.)

### Die Frage des Sicherheitspactes

ist nicht etwa von der deutschen Regierung plötzlich in die Debatte geworfen worden, sondern schon seit Jahren ist sie Gegenstand von Verhandlungen zwischen Frankreich und den übrigen Alliierten. Wir sind in dieser Frage außerordentlich stark interessiert. Der Versailler Vertrag kann nicht auf die Dauer Gegenstand einseitiger Auslegung der einen Vertragspartei sein. Der Minister stellt fest, daß nach London ein Zustand der Entspannung der öffentlichen Meinung festzustellen war. Aber die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone, die am 10. Januar erfolgen sollte, hat diese Entspannung sehr zurücktreten lassen. (Zustimmung.) Selbst die noch offenen Rechtspunkte der Entwaflungsnote geben keinen Grund für die weitere Befehung der Rheinlandzone. Die Reichsregierung hat niemals einen Zweifel daran gelassen, daß sie die unlagbar schweren, seelisch drückenden Verpflichtungen der Entwaflungsbestimmungen vertragsmäßig zu erfüllen bereit war. Wir können aber nicht über das hinaus leisten, was im Versailler Vertrag niedergelegt ist. Dr. Alliierten werden mit uns auch darin einig sein, daß dieses schwebende Problem vorher oder wenigstens gleichzeitig mit dem Abschluß des großen Friedensvertrages bereinigt werden muß. Bei der Erledigung des großen Sicherheitspactes wird es bei uns am guten Willen nicht fehlen. Wir dürfen bestimmt annehmen, daß der auch auf der Gegenseite vorhanden sein wird. Dann wird die richtige Wasis vorhanden sein. Es ist wohl jetzt schon mit Sicherheit anzunehmen, daß die Fortführung der Verhandlungen über den Sicherheitspact erfolgt.

Dr. Stresemann erinnerte dann an eine Rede Chamberlains, der von einem Wendepunkt von historischer Bedeutung hinsichtlich der Sicherheitsfrage sprach. Man habe manchmal die Empfindung, als ob einzelne Persönlichkeiten glauben, daß es sich hier um einen bitartigen Einfall handele, der in die Weltöffentlichkeit geschleudert werde. Die Sicherheitsfrage bestche aber schon seit Jahren zwischen Frankreich und den Alliierten und solle jetzt zwischen Frankreich und uns zur Erledigung kommen. Alle Befehungen und alle Gewaltmaßnahmen wurden immer begründet mit dem einen Gesichtspunkt des bedrohten Frankreich, das Anspruch auf erhöhte Sicherheit habe. Wäre es gelungen, diese Frage früher zu lösen, so hätten sich die Verträge Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei erübrigt.

Der Außenminister verweist dann auf die große Bedeutung des Sicherheitspactes gerade für die Rheinlande. Er zitiert eine Rede Poincarés vom Ende des Jahres 1923, in der dieser unverhüllt der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Separatisten im Rheinlande Erfolg haben würden und daß eine Loslösung des Rheinlandes vom Reiche zu erhoffen wäre. (Lebhaftes Hört, hört.) Daher auch die große Bedeutung des Sicherheitspactes für das Rheinland und sein Verbleiben bei Deutschland. (Zustimmung.)

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die von der Fortsetzung des Währungsverfalls in Frankreich Vorteil für Deutschland erhoffen. Auch glaube ich nicht, daß die Großmachtpolitik Frankreichs durch die Verwicklungen in Marokko irgendwie erschüttert werden kann. Nicht da liegen die Probleme. Nicht nur wir, sondern weite Kreise Europas haben Interesse daran, daß sich alle Mächte für den Wiederaufbau des zusammengebrochenen Europas einsetzen. Mit der Politik der

### „Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden“

I.

Unter diesem Titel erscheint soeben im Verlag G. Braun-Karlsruhe ein etwa 200 Seiten umfassendes Buch aus der Feder Adam Remmels, des badischen Ministers des Innern. Eine eingehende Besprechung der politisch und historisch gleich bedeutsamen Arbeit behalten wir uns vor. Mit Genehmigung des Verlegers drucken wir im Folgenden eines der interessantesten Kapitel ab, ein Kapitel, in welchem die Persönlichkeit des Autors in den Vordergrund tritt, und in welchem ferner eine Reihe aktueller politischer Fragen behandelt wird. Das Kapitel ist überschrieben „Zwischen Verantwortung und Kritik“. Es lautet:

„An einem Samstagabend — wir schreiben den 9. November 1918 — läßt der Feldwebel Selz von der 2. Kompagnie des Ersatzbataillons vom Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 111 in Billingen die Mannschaften antreten. Es werden Instruktionen für die Kontrollposten erteilt, welche die auf den Bahnhöfen ankommenden Soldaten auf ordnungsgemäß ausgestellte Urlaubsscheine hin zu kontrollieren haben. Wer ohne Urlaubsschein ankommt, soll festgenommen und in die Kaserne gebracht werden.

Was ist los? Auf den Mannschaftenstuben begann das Rätselraten. Außer den Zeitungsmeldungen über die politi-

schen Vorgänge in Berlin war nichts bekannt geworden. Nichts wußten wir von den Vorgängen bei der Marine in Kiel und Wilhelmshaven.

In der Nacht und am folgenden Sonntag früh kamen mit der Bahn Karlsruher Soldaten an; sie zeigten Urlaubsscheine mit dem Stempelabdruck: „Soldatenrat Wilhelmshaven“. Nach Hause zu Frau und Kindern reisten sie. Für sie war der Krieg aus.

Deutschland, mein Vaterland, Du gehst schweren Zeiten entgegen!

Noch war es in der Garnison völlig ruhig. Nur einige, wenige Kameraden hatten von den Beobachtungen auf den Bahnhöfen Kenntnis erhalten.

Da, es ist gegen 11 Uhr morgens, ertönt das Trompetensignal: „Das Ganze sammeln!“ Wir stehen im Arrest; an das Ersatzbataillon reiht sich die Gefangenenkompanie und die Wachabteilung des Gefangenenlagers. Alle Offiziere stehen in der Mitte.

Der Bataillonskommandant von der Marwig, ein sehr alter Herr, verliest ein vom Stellvert. Generalkommando eingelaufenes Schreiben. Es hätten sich, so hören wir dem Sinne nach, in einzelnen Garnisonen Unruhen gezeigt, weil angenommen werde, der Kaiser stehe nicht ehrlich zu dem Friedensangebot. Diese Annahme sei falsch; der Abschluß eines Waffenstillstandes stehe bevor. Das Billinger Bataillon solle Besonnenheit zeigen und Disziplin.

In diesen Minuten ringe ich mit einem schweren Entschluß. Es hört sich nämlich der Vortrag so an, als wollten die hohen Militärs auch jetzt noch nach der Methode des Vogel Strauß vor dem Belagerten den Kopf in den Sand stecken. Hif-

los und schwach klang, was der Major vorlas, und was er aus Eigenem dazu sagte. Was jene Unruhen, von denen in dem Telegramm die Rede war, bedeuteten, ahnten sie offenbar nicht.

Mein Entschluß war fertig! Es kam das Kommando: „Wegtreten!“ Ich sprang auf einen hinter mir stehenden Kasten: „Das Bataillon hört auf den Landsturmann Remmels!“ Wie wenn eine Bombe einschlug, so schnell dreben sich die Offiziere nach mir um. Auch die Mannschaften schaueten verblüfft drein.

Mein Hauptmann (Blum) läuft auf mich zu; es scheint, als wolle er mich herunterholen; ich hätte ihm das nicht einmal verüben können.

„Herr Hauptmann, die Folgen meines Handelns sind mir vollauf bewußt, aber hören Sie mich erst!“

„Kameraden! Was wir soeben hörten, bedeutet: Der Krieg ist verloren, die Revolution im Lande, unser Vaterland dem Untergang geweiht. Viele von Euch werden glauben, mit dem Ende des Krieges werde in Deutschland wieder alles werden, wie es einstens gewesen. Das wird eine große Enttäuschung geben. Deutschland wird einen harten Frieden bekommen, Not und Elend bei uns noch furchtbarer werden als bisher. Wir in Billingen wollen deshalb in ruhiger Geschlossenheit der Dinge harren, die da kommen, und unsere Pflicht tun. Ohne Disziplin und Ordnung ist kein Übergang zum Frieden möglich.“

Während ich noch sprach, von dem furchtbaren Schicksal Deutschlands und dem Zusammenbruch der wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes, verließen einige Offiziere weinend den Platz.

Sanktionen und dem gegenseitigen Mißtrauen kann dieser Wiederaufbau nicht durchgeführt werden. Deutschland hat eine Friedensoffensive großen Stils begonnen.

Der Wunsch der Reichsregierung geht dahin, daß diese Bestrebungen zu günstigem Erfolge führen. (Lebhafte Beifall bei den Regierungspartei.)

Hg. Dr. Breitscheid (Soz.) bezeichnet es zunächst als eine Mißachtung der Rechte des Parlaments, daß dem Reichstag erst jetzt Gelegenheit gegeben werde, nachträglich zu den wichtigsten außenpolitischen Aktionen der Regierung Stellung zu nehmen. Das sei um so bedenklicher, weil die deutsch-nationale Regierungspartei behauptet habe, daß sie durch das Februar-Memorandum der Regierung nicht gebunden sei und weil auch der deutsch-nationale Innenminister Schiele sich ähnlich geäußert habe. Um diesen eigenartigen Konflikt aufzuklären, sei die sozialdemokratische Interpellation eingebracht worden, nicht etwa um die Regierung zu stürzen (Lachen und zweifelnde Rufe rechts). Ich kann Ihnen (nach rechts) vertraulich (Heiterkeit) folgendes mitteilen: Bei aller Gegnerschaft gegen die jetzige Regierung haben wir doch ein Verständnis für die Zweckmäßigkeit, die Deutschnationalen noch nicht aus der Verantwortung herauszulassen (Heiterkeit). Ihre Beteiligung an der Regierung wird immer mehr zu einer heilsamen Lehre für die deutschen Wähler (lebhafter Zustimmung links). Der Konflikt innerhalb der Regierung scheint jetzt beseitigt durch das Regiment des Reichskanzlers Luther. Da der Reichskanzler mit politischen Grundsätzen nicht allzusehr belastet ist, ist er der geborene Mann der Kompromisse (Heiterkeit). Obwohl wir im vorliegenden Falle nicht opponieren, können wir uns nicht zu einer Billigung der Regierungspolitik entschließen. Wir wüßten ja nicht, wem wir dabei unser Vertrauen aussprechen, Stresemann oder Schiele, Luther oder Geßler, oder Graf Kanitz dem Vater des Zolltarifs.

Wir treiben nicht Opposition aus Grundhaft und wir lehnen die gegenwärtige Außenpolitik nicht ab. Diese Politik des Sicherheitspactes ist

die Fortsetzung der Verständigungs- und Erfüllungspolitik die unter Bismarck und Rathenau so heftig von den Deutschnationalen bekämpft und geschmäht wurde. Der Sicherheitspact geht sogar noch hinaus über die Erfüllungspolitik der Bismarck und Rathenau. Er ist schließlich eine freiwillige Anerkennung der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages, der ausdrückliche Verzicht auf die gewaltsame Zerstückung dieses Vertrages und auf jeden Gedanken an einen Neuanfang (lebhafter Zustimmung links und bei den Völkern).

Die Sozialdemokraten halten das Februar-Memorandum der Regierung für gut, sie haben sogar das Bedenken, daß es in einigen Punkten nicht alle unsere nationalen Forderungen erfüllt. Wenn wir in der neuen Note den Verzicht auf Elsaß-Lothringen, das Februar-Memorandum haben die Deutschnationalen abgewiesen, weil es nicht von der Regierung, sondern nur von dem verdächtigen Außenminister verfaßt war. Auch wir begrüßen die Räumung der Ruhr und begrüßen unsere deutschen Landsleute in den besetzten Gebieten, insbesondere die deutschen Arbeiter, die während der ganzen Zeit die treuesten Hüter der deutschen Republik gewesen sind. (Beifall links).

Wenn wir nun Frankreich Sicherheit gewähren, so ist ein Grund für die Verlängerung der Besetzungsrufen nicht mehr vorhanden. Der französische Note wird etwas ganz Neues konstruiert. Es taucht da die Schaffung eines Garantien für Schiedsverträge auf. Frankreich will den Schiedsvertrag, den Italien mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen hat, garantieren. Wir werden ebenso wie die Rechtsparteien gegen eine derartige einseitige Garantie Widerspruch erheben. Es ist ein gutes Zeichen, daß die deutsche Regierung sich in letzter Zeit des öfteren auf den Völkerbund berufen hat. Die Regierung erkennt an, daß der Sicherheitspact und der Völkerbund zusammengehören. Deutschland sollte nun auch seine Vorbehalte aufgeben und in den Völkerbund eintreten. — Es scheinen sich haben von dem Sicherheitspact nach Ostelbien hinzuziehen. Vielleicht hängt die Zustimmung einer Rechtspartei zu der Antwortnote mit den Getreidezöllen zusammen. Wie dem auch sei, wir erhoffen positiven Erfolg aus den kommenden internationalen Verhandlungen (Lebhafte Beifall links, Rufen rechts).

Hg. Graf Westarp (D.R.): Der Zweck der außenpolitischen Debatte ist nur, Stellung zu nehmen zu der deutschen Note. Das außenpolitische Interesse gebietet, eine breite und starke parlamentarische Minderbedeutung für das Kabinett zu schaffen. Die neue Note ist in einer ganz anderen politischen Situation entstanden als das Februar-Memorandum. (Gelächter links). Ein Streit um die Vergangenheit scheint daher fei-

nen Zweck zu haben und wir haben keine Veranlassung, diesen Streit hier fortzuführen. (Oborne und Gelächter links, sehr richtig rechts). Der Anwurf, daß wir unsere außenpolitischen Grundsätze um der Getreidezölle willen verläßt hätten (Sehr richtig links) ist zu niedrig, um uns damit auseinanderzusetzen. (Beifall rechts). Dr. Breitscheid hat sich in mehrere Widersprüche verwickelt. Er hat dies und jenes an dem Memorandum ausgelesen, richtet aber immer wieder an uns die Grechenfrage: Wie hältst Du's mit dem Memorandum? Die Antwort ist sehr einfach: Lesen Sie die letzte Note der Regierung, und hören Sie unsere Ausführungen dazu an. Wir sind in diesen Dingen keineswegs negativ eingestellt gewesen und billigen die Grundgedanken der Politik, wie sie in der Note enthalten sind. Ob der in dieser Note erstrebte Weg der Verhandlungen beschritten werden kann, ist abhängig von dem Inhalt der Antworten, die wir nun zunächst erhalten werden. Die Note ist nur eine Fortsetzung der Vorerörterungen, und das erleichtert uns unsere Zustimmung. Die Note ist eine sehr wichtige Ergänzung dahin, daß Deutschland als gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen teilnehmen kann, wenn das Ruhrgebiet und die Sanktionsstädte vollkommen geräumt sind, was wir im Interesse unserer rheinischen Brüder begrüßen. Es kann sich nur um die Befreiung uns zugefügten beispiellosen Unrechts nicht als Gegenstand sondern als Voraussetzung der Verhandlungen bilden. Das selbe gilt für die anderen koreanischen Rechtsansprüche Deutschlands, die noch unerfüllt sind, für die Befreiung allen Unrechts im Saargebiet für die Rücknahme der unredlichen Forderungen der Entwaffnungsnote und Luftfahrtnote und für die Räumung der Kölner Zone. Wir billigen und begrüßen es, daß in der deutschen Note im Gegensatz zu der Note der Alliierten die Notwendigkeit betont wird, daß nicht für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Verträge auf dem Wege friedlicher Übereinkommen zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen. Mit vollem Rechte wird auch in der deutschen Note betont, daß das wehrlose und vollständig entwaffnete Deutschland nicht als gleichberechtigter Faktor im Völkerbunde angesehen werden kann, so lange die allgemeine Abrüstung der Welt nicht verwirklicht wird. Wir billigen es auch, daß die Note auf das deutsche Memorandum vom Dezember ausdrücklich Bezug nimmt. Insbesondere gilt das von der Veranbarung dagegen, daß Deutschland bei einem etwaigen Eintritt in den Völkerbund unmöglich die moralischen Belastungen des Versailler Vertrages erneut anerkennen könne. Für uns ist jetzt jede freiwillige Wiederherstellung des in Versailles erzwungenen unwarigen Schuldbekenntnisses unmöglich. Wir müssen nach wie vor darauf bestehen, daß keine Gelegenheit vorüber gelassen wird, dieses Schuldbekenntnis entlich und auch wirklich zu widerrufen (Lebhafte Beif. rechts). Wenn meine Freunde u. ich der Note heute zustimmen, so geschieht das in der bestimmten Erwartung, daß das Kabinett als Ganzes, wie bei dieser Note, so auch hinfert in geschlossener Einheit und geschlossener Festigkeit die Wünsche und Lebensnotwendigkeit Deutschlands wahren und um das Recht der deutschen Nation auf Leben und Freiheit ringen wird. (Lebhafte Beifall rechts).

Hg. Dr. Kaas (F.): Wir haben schon beim Eintritt der gegenwärtigen Regierung erklärt, daß wir uns für die Kontinuität der deutschen Außenpolitik mehr als für irgend eine andere Komponente des heutigen Kabinetts verantwortlich fühlen, und daß wir uns nötigenfalls mit unserer ganzen parlamentarischen Kraft gegen eine wesentliche Umleitung dieser Linie einsetzen werden (Hört, Hört!). Die heutige Note enthält nach Form und Inhalt die verständigungsorientierte Haltung der deutschen Außenpolitik aufrecht. Jede Partei hätte die Pflicht, den verantwortlichen Außenminister des Deutschen Reiches in seiner Außenpolitik zu unterstützen. (Rufe: Namentlich jede Regierungspartei!) Wir bedauern nur das lange Schweigen des Außenministers, das uns die Mitverantwortung für die Außenpolitik sehr erschwert hat. Wir brauchen eine aktive Außenpolitik. Die letzte Tendenz der deutschen Note ist nicht negativ, sondern positiv, sie ist eine Friedensoffensive großen Stils, eine europäische Tat. (Beifall.) Wir erkennen damit die westlichen Grenzen des Versailler Vertrages an. Damit ist aber noch nicht alles erledigt anerkannt, was unter dem trügerischen Schein einer Abstimmung mit Copen und Malmedy geschehen ist. Damit verzichten wir auch nicht darauf, dem kulturellen Eigenleben der deutschstämmigen Bewohner des Elsaßes unser Aufmerksamkeit zu schenken. Deutschland tut mit dem Sicherheitspact einen schmerzlichen Schritt der Selbstüberwindung, wie er in der Geschichte einzig dasteht. Hätte man Frankreich sieben Jahre nach 1871 eine solche Anerkennung der neuen Grenze zugemutet, ein Schrei der Entrüstung wäre die Antwort des französischen Volkes gewesen. (Sehr wahr!) Deutschland geht diesen schmerzlichen Schritt im Vertrauen auf den Sieg des Rechts, der zivilisationsmäßigen Billigkeit. Wir vertrauen in der

Note das Verlangen nach einer Räumung Kölns, ebenso eine Verwahrung gegen die Entwaffnungs- und Luftfahrtnote. Der Sicherheitspact ist unmöglich ohne den psychologischen Unterbau eines anderen französischen Verhältnisses an Rhein. (Sehr richtig!). Nach dem Abschluß eines Sicherheitspactes ist das Besatzungsrecht, noch mehr das Besatzungsregime, ein politischer Anachronismus schlimmerer Art, ein störendes Rudiment, einer Gewaltpolitik, deren Überwindung das vornehmste Ziel des Sicherheitspactes bilden soll. (Beifall.) Notwendig ist die Gerabrückung der Besatzung, die grundsätzliche Entfernung der farbigen Truppen. (Beifall.)

Wir halten die Völkerbundsfrage für außerordentlich wichtig und sehen dem Augenblick herbei, in dem Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in die Körperschaft eintritt, die bis jetzt nur eine Organisation der Siegerstaaten war. Die Entwaffnungsnote und die Luftfahrtnote sind Variablen auf dem Wege nach Genf. Erst wenn eine befriedigende Vereinigung dieses Problems in Aussicht steht, wird Deutschland dem Völkerbunde beitreten können. Dann kann Deutschland im Völkerbunde die hegemoniale Stellung einnehmen, die höher steht als die Hegemonie des Schwertes. (Beifall im Zentrum.) Die Stabilisierung des Friedens in Europa ist die Voraussetzung für die Finanzhilfe der anderen Welt.

Inzwischen ist eine Verichtigung zu dem völkischen Mißtrauensantrag eingegangen, die den Satz hinzufügt, daß der Reichstag über alle anderen, die Haltung der Reichsregierung betreffenden Anträge zur Tagesordnung übergeht.

Hg. Dr. Curtius (D.R.): Der Ruhrereignis ist gescheitert, weil er die Kräfte Frankreichs überspannte und an der Treue und Festigkeit der Weisalen. Die ganzen Zentren Frankreichs und Boicars und später sind eine unmittelbare Bedrohung Deutschlands. Wir fordern eine Abkehr von den Methoden der Rheinlandkommission. Sicherheitspolitik ist für uns in erster Linie deutsche Politik. Sicherheitspact bedeutet die Verhinderung eines neuen Weltbrandes. Der Sicherheitspact hat nur dann wirkliche Bedeutung, wenn die Wirtschaftsverhältnisse durch ihn profitieren. Wir gehen zugrunde, wenn wir nicht eine Relevanz der europäischen Kultur erleben. Wann wird nicht die Kriegsgefahr, so gibt es keinen Aufbau der Kultur.

Der Redner betont dann die Kontinuität der deutschen Außenpolitik und zitiert hier eine Reparationsnote der Regierung Cuno vom 2. Mai 1923, die bereits das Angebot eines gegenseitigen Sicherheitspactes enthalten habe. Das deutsche Memorandum sei eine logische Folge der deutschen Außenpolitik gewesen. Die Gefahr einer Stabilisierung der französischen Hegemonie sei in unmittelbarer Nähe gerückt. Diesen Gesichtspunkt habe auch der Führer der englischen Opposition, Macdonald, dargelegt und wenn Balfour in England sagen, daß der Sicherheitspact nur an dem schlechten Willen Deutschlands scheitern könne, so müsse man fragen, ob es wirklich vorteilhaft für England sei, die Hegemoniegestalt Frankreichs zu unterstützen. (Sehr richtig!). Wenn von französischer Seite das Prinzip der Unabänderlichkeit des Versailler Vertrages vertreten werde, so müsse man betonen: Unabänderlich ist das Naturrecht der Völker, das Selbstbestimmungsrecht, das Recht auf gegenseitige Gleichberechtigung. Ein Vertrag ist es nicht. Bezüglich des Eintritts in den Völkerbund steht die deutsche Volkspartei nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Deutschland nur als völlig gleichberechtigter Staat seinen Einzug in den Völkerbund halten kann. Eine notwendige Folge des Eintritts wäre nicht nur die Räumung der ersten Rheinlandzone, sondern die Aufhebung jeglicher Besetzung überhaupt. Ich möchte nicht verschweigen, daß in den letzten Monaten manches geschehen ist, was der verfassungsmäßigen Form des parlamentarischen Regiments wenig entspricht. Diese Schwierigkeiten sind jetzt aber überwunden.

Das Kabinett steht geschlossen hinter der Note. Damit ist die sozialdemokratische Interpellation gegenstandslos geworden. Da sollten sich die Sozialdemokraten entschließen, ähnlich wie die deutsche Volkspartei unter dem Kabinett Bismarck nach grundsätzlicher Gegnerschaft gegen die Regierung im Interesse der Außenpolitik durch ihre Zustimmung die Stellung der Regierung bei den kommenden Verhandlungen zu verbreitern. (Lebhafte Beifall bei der deutschen Volkspartei.)

Hg. Stoeder (F.) bezeichnet die deutsche Antwortnote als eines der traurigsten Dokumente der deutschen Geschichte. Dieses Dokument sei noch schlimmer, als der Deutschland aufgezogene Versailler Vertrag. Denn hier erkenne eine deutsche Regierung mit deutschnationalen Ministern freiwillig das Unrecht an, das Deutschland von seinen Feinden in Versailles zugefügt worden ist.

Vizepräsident Bell gibt dem Hause Kenntnis von einem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Außenminister Dr. Stresemann.

Dann vertagt sich das Haus um 8 Uhr abends auf Donnerstag halb 9 Uhr. Fortsetzung der außerpolitischen Debatte.

Ich stehe wieder in Reih' und Glied. Der Major geht mit ausgestreckten Händen auf mich zu, um mir für die Ansprache zu danken. Er moniert nicht, daß ich ohne alle soldatische Regel gehandelt hatte. Tränen stehen ihm in den Augen; wie gewöhnlich verläßt er den Platz.

Am Nachmittag übertrug der Major sein Kommando an meinen Hauptmann. Während ich auf des neuen Kommandeurs Befehl in seiner Wohnung zu einer Unterredung weile, stehen in der Stadt bereits Soldaten unter Vorantragen einer roten Fahne in geschlossenem Zuge umher. Von Donaueschingen waren Sendboten gekommen, die zur Bildung eines Soldatenrates aufforderten.

Was tun? Ich ging in eine Soldaten- und Arbeiterversammlung, die ganz spontan zusammen gekommen war. Ein wildes Durcheinander finde ich vor. Wie am Morgen im Kasernenhof, so verhalte ich mich auch hier. Ob und wie ein Soldatenrat zustande kommen soll, das müsse in der Kaserne ausgemacht werden. Im Prinzip möge man diese Frage jetzt abtun, die praktische Ausführung aber verschieben.

Recht war es nicht, dieses Ziel zu erreichen, aber schließlich geschieht es so, wie ich empfohlen.

Andern Tags früh gehe ich auf das Bataillonsbüro. Auf dem Wege dahin begegne mir Offiziere ohne Degen und Achselstücke. . . Die meinsten, es sind allerdings Achselklappen, sitzen noch an der Montur.

Der Adjutant des Majors stellt mir in seinem Büro die Frage, wann ich die Geschäfte und die Bataillonskasse übernehme. „Sie bleiben doch wohl auf Ihrem Posten!“ ist meine Antwort, „ich werde weder die Kasse noch das Bataillon übernehmen!“

Nun ging es zurück in die Kaserne. Viele Kameraden, die jüngeren vor allem, wollen auf und davon, nach Hause. Angeordnet wird: „Zuerst werden die älteren Kameraden beurlaubt!“

Von Mannheim, der Stadt meiner vieljährigen Wirkamkeit, erhalte ich keine erfreulichen Mitteilungen. Parteifreunde telegraphieren, ich solle zurückkommen, es sei daselbst mehr zu tun als in einer Kaserne. Einige Tage sträube ich mich; die Erhaltung der Ordnung im Bataillon liegt mir am Herzen. Schließlich aber ziehe ich ab, „bis auf weiteres beurlaubt!“

Im Zirkusaal des Mannheimer Rathauses wird mit der Lage Deutschlands so recht vor Augen geführt. Hier stehen Deputationen aus dem Gefangenenlager vor dem Arbeiter-Rat. Russen, Franzosen und Engländer treten sehr selbstbewußt auf; man sieht, sie sind sich ihrer Position als Sieger durchaus bewußt. Sie bestimmen, wie es von nun an im Gefangenenlager gehalten wird, mit der Teilenteilung für den „freien Ausgang“ und anderem mehr, bis der Abtransport möglich ist.

Im städtischen Lebensmittelamt wartete die Arbeit auf mich. Wie in einem Bienenhaus geht es hier zu. Nicht wollen die Hilfsuchenden begreifen, daß die Nahrungsmittelbede nun, wo der Verkehr stockt, noch dünner geworden ist, und daß deshalb noch mehr als bisher mit den Rationen hausgehalten werden muß. Aus den Lagern der Armee im Hafengebiet solle man holen, was die Bevölkerung braucht. Wie die Truppen bis zu ihrer Auflösung ernährt werden sollen, das kümmert die Leute nicht.

Eine einzelne zurückwandernde Soldaten in voller Kriegsausrüstung erscheinen auf der Bildfläche. Sie wollen Kapselung, Abwehrschein und Kleidung. Bis sie zur „zuständigen Stelle“ gebracht sind, entringt sich meinen Lippen manch ein hartes Wort. Meine Nerven fangen an, mit mir „durchzugehen“.

Doch bald sollte es noch ganz anders kommen. Meine Übersiedelung nach Karlsruhe wird „befohlen“. Für kurze Zeit, so dachte ich, wird es gehen. Was ich als „Kurfürstler“ bis-

her von Karlsruhe gehört hatte, wirkte ja nicht gerade verlockend. Eine steife Reduzierung sei Karlsruhe, so hieß es immer. Nun, was ich hier vorand, trug zur Veruhigung meiner aufgeschüttelten Nerven gewiß nicht bei. Tag u. Nacht u. Nacht und Tag schien hier daselbe zu sein. Log ich nicht im Kraftwagen, auf der Reise irgendwohin, wo es „zu löschen“ gab, dann stak ich oft bis in die Morgenstunden in Sitzungen oder am Arbeitstisch. Meinen Freunden in der Landeszentrale der Arbeiterliste ging es nicht besser — voran immer Sekretär, meinem Kameraden Stenz. Unser Logisbett brauchte manchmal nicht in Ordnung gebracht zu werden. . .

Für wen gehen wir uns so ab? fragen wir uns oft. Wir sind doch unschuldig an dem fürchterlichen Bankrott des Staates; es mögen doch diejenigen den Trümmerhaufen aufbauen, die bisher die Verantwortlichen waren, oder für die und auf deren Befehl wir Dienst geleistet hatten. Das waren natürlich „Luzbeinige Spinnen“; denn mitverantwortlich waren wir doch immerhin für den Teil des Volkes, der nun von unten auf zur, wenn auch vorerst „wildem Herrschaft“ kam. Mit diesem Volksteil waren wir verwohnt, ihn vor Dummheiten zu bewahren war unsere Pflicht. Und hinzu kam die selbstverständliche Pflicht, dem Vaterland in seiner Not zu helfen, ohne im Augenblick zu fragen: Wer ist schuld? Der neue, der noch zu schaffende, neue Staat sollte ein republikanisch-demokratisches Gebilde sein. Nicht die Diktatur durfte kommen, auch nicht wieder die Monarchie, die ausgeschaltet wurde, nachdem ihre Bannerträger das Weiße gesucht. Eine heilige Verpflichtung trieb uns also vorwärts, ließ uns die Strapazen eines harten Winters tragen.

Nie ist mir der Gedanke gekommen, daß die Arbeiterschaft auf dem Boden der staatsbürgerlichen Gleichberechtigungskraft ihrer zahlenmäßigen Stärke allein die Herrschaft im Staate ausüben könne. Die geschichtliche Mission des Bürgerturns ist noch nicht zu Ende. Es ausschalten zu wollen

## Erste Gegenläge Frankreichs zum Sicherheitspaktvorschlag

Nach Prüfung der Sicherheitspaktnote beauftragte Briand den französischen Botschafter in London, Chamberlain die zahlreichen Vorbehalte der französischen Regierung zu unterbreiten. Die französischen Vertreter in Warschau und Prag wurden beauftragt, die polnische bzw. tschechoslowakische Regierung zu unterrichten, daß, wenn auch die Antwort des deutschen Reiches die Möglichkeit von Verhandlungen mit Deutschland gestatte, sich dennoch ernste Gegenläge zu der französischen Auffassung ergeben, einmal hinsichtlich der Auslegung des Artikels 16 des Völkervertrages, der das Vorgehen der angeschlossenen Staaten im Falle eines Konfliktes regelt, und andererseits hinsichtlich der deutschen Vorbehalte bezüglich des schiedsgerichtlichen Verfahrens.

Die Wiener Blätter nehmen zu der deutschen Note in ausführlicher Weise Stellung. Sie begründen es, daß die deutsche Regierung eine so maßvolle Besonnenheit bewiesen und ihre berechtigten Forderungen im Sinne eines ehelichen Verständigungswillens zum Ausdruck gebracht habe, was die zukünftigen Verhandlungen wesentlich erleichtern werde.

Daily Telegraph schreibt, ein weiterer Fortschritt in der Frage des Garantiepaktes könnte erzielt werden, wenn ein persönlicher Meinungsaustausch zwischen den beglaubigten Vertretern der in Betracht kommenden Länder stattfinden würde. Die in der deutschen Note aufgeworfenen kritischen Punkte könnten infolge ihrer Bedeutung nicht nur zu einem Meinungsaustausch zwischen Paris und Berlin, sondern möglicherweise auch zu einem solchen zwischen Paris und London führen. Die deutsche Note spreche von der letzten französischen Note als einer „alliierten“ Note. Das sei nicht richtig. Die britische Regierung habe dieser Note nur mit Vorbehalt zugestimmt, und es sei allzu leicht angenommen worden, daß sich die beiden Regierungen in völliger Übereinstimmung befänden.

Das Blatt bemerkt weiter, die Forderungen der deutschen Note über die Auswirkungen des Sicherheitspaktes auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet, sowie die Befestigungsfrage im allgemeinen bedeute, daß Deutschland erwarte, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages bezüglich der Befestigung und der Entmilitarisierung der Rheinlande zu seinen Gunsten abgeändert würden, wenn es durch die Unterzeichnung des Paktes einen Beweis seiner Aufrichtigkeit gebe. Es sei nicht sicher, daß dieselbe Ansicht auch in Paris vertreten wäre. Die Forderung, in der diese Frage aufgeworfen werde, sei gemäßigter, aber die zugrunde liegende Festigkeit sei nicht weniger sichtbar. Niemand erhebe Einwände gegen die Verknüpfung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkervertrag mit der Frage des Sicherheitspaktes, aber die Worte im Abschnitt 3 der Note seien von großer Bedeutung mit Rücksicht auf die französischen Forderungen auf ein Durchzugsrecht zwecks Unterzeichnung der Mitteln Frankreichs in gewissen Fällen. Auf diese Punkte lege Frankreich sehr großes Gewicht.

Die schwedische Presse macht zu der deutschen Note in der Sicherheitsfrage durchweg sehr freundliche Bemerkungen.

## Kurze Nachrichten

**Die Räumung.** Im englischen Unterhaus erklärte Chamberlain auf eine Anfrage, daß die britische Regierung den übrigen Alliierten ihre Auffassung über den geeigneten Zeitpunkt zur Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zum Ausdruck gebracht habe.

**Amerika-Anleihe für das Kalifornien.** Die Zeitungsnachrichten über den Abschluß einer 40-Millionen-Dollar-Anleihe des deutschen Kalifornienbank mit amerikanischen Banken sind unzutreffend. Nichtig ist lediglich, daß die Vertreter des deutschen Kalifornienbank bei ihrer Anwesenheit in New York feststellen konnten, daß eine etwaige größere Anleihe der deutschen Kalifornienbank einer guten Aufnahme auf dem amerikanischen Geldmarkt verheißt sein könnte. Die Bedingungen des bestehenden 6-Millionen-Dollar-Kredits wurden zugunsten des Kalifornienbank revidiert.

**Spiritistischer Weber in Norwegen verurteilt.** Das Gericht auf der Insel Hitteren verurteilte den bekannten Spiritus- und Schmelzfabrikant Richard Martin Weber aus Hamburg zu 6 Monaten Gefängnis und 1000 Kronen Geldstrafe. Dem Antrag auf Einziehung des Schmugglerschiffes „Paul Weber“ wurde Folge geleistet, doch wurde das Bandrecht der Firma Jard u. Söhne an dem Schiff in Höhe von 25 000 G.W. aufrecht erhalten. Weiter beschloß das Gericht, von Richard Weber 6 000 Kronen für eingeschmuggelte Spiritusflaschen einzuziehen.

vom Dienste am Vaterland war und ist nur möglich unter Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Das hiesige, die Brandfackel des Bürgerkrieges ins Land werfen. Ganz abgesehen von dem großen Mangel an geistigen Kräften, die dem Proletariat für die Führung des Staates fehlten, könnte die proletarische Klassenherrschaft mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Welt nicht fertig werden; es sei denn, man riskierte ein totales Verschlagen der kapitalistischen Produktionsform. Gewiß ist die hereinjüngliche Überwindung des kapitalistischen Systems ein Ziel der Menschheit, aber ein Ziel, das mit einem Salto mortale aus dieser Wirtschaftsordnung heraus nicht zu erreichen ist. Man sehe nur, wie jetzt nach jahrelangen Experimenten auch Rußland seine Wirtschaft größtenteils wieder mehr nach kapitalistischen Grundrissen orientiert!

Judem: Wer stand denn am Anfang der Revolution hinter der ganzen Bewegung? Die Anhänger der Sozialdemokratie etwa allein? Evident geworden sind zuerst die Heimatgarantisten und die Etappe. Unzufriedene gewordene Bauern gehärdeten sich damals wohl am rabiatesten, kleine Geschäftsleute und die Mittelschichten des Volkes ebenso radikal wie die Arbeiter. Man schäme sich heute nur einmal die Personalisten der Soldatenräte daraufhin an, welchen Berufsständen ihre Mitglieder angehörten! Die politische Erfahrung mußte einem doch sagen, daß diese Leute alle wieder sehr schnell umlernen würden, wenn sie erst einmal zu Hause sind und merken, daß mit dem Ende des Krieges das Kriegselend noch lange nicht aufhört. „Heute Sozialisten und morgen Kreuziget ihn!“ ist doch ein ewig wahrer Satz; ihn darf niemand außer acht lassen, der seine Arbeit auf lange Sicht einstellt.

Wie viele Weisheitsapostel liefern nicht in der ersten Zeit der Umwälzung umher! Sie loszuwerden, war damals ein Gebot der Stunde, sie losgeworden zu sein ein Glück für die Freiheitsbewegung, für die in Geburtswehen liegende junge Republik. Ich weiß, Freundschaften hat das keine eingetragenen. Aber im Laufe der Jahre erwies sich diese Haltung als durchaus richtig.

(Schluß folgt.)

## Badischer Teil

### Das Disziplinarverfahren gegen den Freiburger Universitäts-Professor Marschall von Bieberstein

Die in der Presse fortgesetzt umlaufenden, zum Teil irreführenden Meldungen und Glossierungen zum Disziplinarverfahren gegen den Professor Dr. Frhr. Marschall von Bieberstein an der Universität Freiburg geben Anlaß, nachstehend die abschließende Entscheidung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 30. Mai ds. Js. Nr. A 10 254 zur öffentlichen Kenntnis zu bringen:

„Der Senat der Universität Freiburg hat dem Ministerium am 19. Januar 1925 berichtet:

„Bislang hat am 17. Januar bei der Reichsgründungsfeier der Universität gehaltenen Festrede des Herrn Professors Dr. Frhr. Marschall von Bieberstein stellt der Senat fest, daß er für solche Einzelheiten des Vortrags, die Andersdenkende zu verletzten geeignet waren, nicht eintreten kann, auch nicht unter Berufung auf die Freiheit der Lehre. Vielmehr bedauert der Senat ebenso wie der Redner selbst in einem heute an den Senat gerichteten Schreiben die unbefriedigenden Entgleisungen auf das Lebhafteste. Das Bedauern des Senats ist um so größer, als der Vortragende im übrigen das offenkundige Bestreben zeigte, der heutigen Staatsordnung gerecht zu werden.“

Das Ministerium hat darauf den Prof. Dr. Frhr. Marschall von Bieberstein aufgefordert, das Manuskript seiner Rede vorzulegen. Auf die Weigerung des Genannten, dieser Aufforderung nachzukommen, hat das Ministerium mit Erlaß vom 26. Januar 1925 Nr. A 10 855, um die Frage zu klären, ob die vom Senat als Entgleisungen gekennzeichneten Äußerungen des Professors Marschall gegen die Amtspflichten des Redners verstößten, das Disziplinarverfahren gegen den Genannten eröffnet.

Die nunmehr abgeschlossene Disziplinaruntersuchung hat das Manuskript der Rede nicht beigebracht. Die Untersuchung hat folgenden Tatbestand ergeben:

Professor Dr. Marschall sprach bei der von der Universität veranstalteten Reichsgründungsfeier als von der Universität beauftragter Redner in einer mehr als einseitigen in jambiische Form gekleideten Rede über Recht und Gesetz. Die Stellen der Rede, die der Senat als Entgleisungen betrachtet und die in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert wurden, lauten nach der Angabe des Redners:

a) „Hier nimmt nicht eine gütige Cathedra Petri uns unsere eigene Entscheidung ab, — auch nicht die Wissenschaft; sie kann uns höchstens helfen, doch die Verantwortung bleibt uns allein.“

b) „An dem Gesetzestreit gemessen waren objektiv die Willensakte der Usurpatoren, (der Herren Ebert, Haase und Genossen) die sich angeblich „Gesetzeskraft“ beilegen (— de facto freilich die Gewöhnung vorbereitend —), doch nichts als Hochverrat! Sie konnten keineswegs der Nationalversammlung die Befugnis geben, die „vorläufige Reichsgewalt“ zu schaffen.“

Die wurde ihr auf andere Weise werden! Ward sie ihr nicht zuletzt nur durch die Überzeugung die uns beherrsicht, daß durch sie allein der Weg zur Wiederkehr der Ordnung führen würde?“

Doch auch in ruhigen Zeiten, wo kein Rechtsbruch jäh den Fortgang unterbricht, kann logisch die Verfassung nicht aus dem eigenen Gesetzeswillen abgeleitet werden. Hier bricht der Faden ab. Denn kein Gesetzeswille vermag die Rechtssetzungsbefugnis dessen zu begründen, von welchem der Gesetzeswille selber ausgeht!

Ein circulus vitiosus wäre das!

Zu a) und b) hat Professor von Marschall dem Ministerium mit Schreiben vom 24. Januar 1925 vorgetragen:

„Ich kann nur hier auf das Bestimmteste erklären, daß jegliche Absicht, irgend Jemandem zu verletzten, mir völlig fern gelegen hat! An zwei Stellen, die vielleicht einer Beanstandung ausgesetzt sein könnten, hatte ich, daher, um ganz sicher zu gehen, die Streichung einiger Worte vorgenommen; — aber leider ist mir infolge der schlechten Beleuchtung und meines durch hohes Fieber stark beeinträchtigten Gesundheitszustandes das Mißgeschick zugefallen, diese beiden Stellen in der Erregung des Augenblicks mit vorzutragen. Dies habe ich sofort in einem Schreiben an den Senat aufgeführt und habe insbesondere der Theolog. Fakultät mein aufrichtiges Bedauern ausgesprochen.“

Professor von Marschall behauptet zu a), durch diese Äußerung habe unterstrichen werden sollen, daß in der großen Lebensfrage, ob das formelle Gesetz oder unser sittliches Bewußtsein im letzten Zweifelsfall für unser Verhalten maßgebend sein mußte, keinerlei äußere Autorität, und wäre sie noch so hoch geacht, uns die eigene autonome Gewissensentscheidung abnehmen könne. Professor von Marschall hat sich wegen dieser Äußerung, die insbesondere in Kreisen der Theolog. Fakultät Anstoß erregte, bei der theolog. Fakultät entschuldigt. Von verschiedenen Seiten wird der Wortlaut der fraglichen Redebeurteilung wie folgt angegeben: „Da gibt es keine gütige Cathedra Petri, die uns das Denken abnimmt.“

Diesen Aussagen stehen andere Zeugenaussagen gegenüber, die die vom Beschuldigten behauptete Fassung mit mehr oder weniger Sicherheit bestätigen. Angesichts der Erfahrung, wie leicht bei langen und ermüdenden Reden dem Hörer Erinnerungslücken unterlaufen, ist die von dem Beschuldigten über die Fassung der fraglichen Stelle aufgestellte Behauptung nicht zu widerlegen.

Zu b) hat der Beschuldigte dem Ministerium mit Schreiben vom 24. Januar 1925 vorgetragen:

„An der zweiten der von mir selbst bedauerten Stellen handelte es sich darum, den Positivismus, die alles Recht aus dem geschriebenen Gesetze ableiten möchten, zu zeigen, daß sie letzten Endes doch beim ungesetzten Recht eine Anleihe machen müßen, um der Reichsverbindlichkeit der Gesetze und der Verfassung eine Stütze zu sichern. Eine weitverbreitete Meinung glaubt, daß die Volksbeauftragten“ in den Novembertagen 1918 dadurch allein, daß sie die tatsächliche Gewalt der Reichsregierung hinter sich hatten, auch schon die „Staatsgewalt“ des Reiches repräsentierten, ja, daß ihnen jene faktische Gewalt ohne weiteres „den Rechtsittel gewährt“ habe! (so z. B. H. Giese, Taschenkommentar zur Reichsverfassung, 5. Auflage 1923 S. 8). Gegen diese irrige Meinung, die ja täglich geradezu zu erneuter Revolution auffordern und anzuregen muß, galt es Front zu machen und zu betonen, daß die Befugnis der späteren Nationalversammlung nicht aus dem Willen jener gewaltshabenden „Volksbeauftragten“, sondern aus der langsam sich bildenden gesamten Volksüberzeugung rechtlich abuleiten seien. Daß Revolution immer zunächst Rechtsbruch ist, und daß

auch die Revolutionsbestimmungen vom November 1918 Rechtsbrüche waren, kann doch niemand bezweifeln!

Sachlich ist dies alles einwandfrei und m. E. nicht zu widerlegen. Aber gänzlich unnützig war es, dadurch Anstoß zu erregen, daß die Namen der Volksbeauftragten in diesem Zusammenhang erwähnt wurden. Daß ich an dieser Stelle die (für mein Gefühl ganz selbstverständliche) Streichung übersehen konnte, beweist mir, wie hochgradig mein starkes Fieber meine Zurechenbarkeit beeinträchtigt haben muß. Daß aber der ganze, die heutige Staatsordnung gerade stützende Grundgedanke so verkannt werden konnte, während die bedauerliche formale Entgleisung haften blieb, zeigt doch auch, wie unaufmerksam oder wie voreingenommen manche Hörer gewesen sein mögen.“

Die Tatsache, daß Professor von Marschall im Zeitpunkt der Rede sich nicht wohl gefühlt hat, wird durch Zeugenaussagen bestätigt.

Bei Würdigung des Sachverhaltes ist von folgenden Gesichtspunkten auszugehen:

Der Beschuldigte war berechtigt, im Rahmen sachlicher Ausführungen seine Lehraussagen frei vorzutragen; das Ministerium hat niemals daran gedacht, die Freiheit der Lehre einzuschränken. Der Gehalt der Rede interessierte daher nur insoweit, als seine Kenntnis für das Verständnis der einzelnen beanstandeten Sätze erforderlich ist. Entscheidend für die disziplinäre Beurteilung des Falles ist die Frage, ob die Ausführungen der Rede aus dem Rahmen sachlicher wissenschaftlicher Ausführungen heraustretend gegen eine dem Beamten obliegende Pflicht verstießen. Und diese Frage ist bei den beiden vom Senat und der Öffentlichkeit beanstandeten Stellen zu prüfen.

Was zunächst die Stelle a) anlangt, so kann gegen den Beschuldigten geltend gemacht werden, daß die Vereinzelnung der Cathedra Petri in seine Ausführungen nicht recht verständlich ist, daß die Redebeurteilung bei einem Teil des Lehrkörpers Anstoß erregt hat und daß der Beschuldigte selbst ein Schuldbekenntnis abgelegt hat, indem er der Theolog. Fakultät sein Bedauern ausgesprochen hat. Allein es muß andererseits beachtet werden, daß die Äußerung, wenn man Wortlaut und Sinn der nicht widerlegten Redebeurteilung des Beschuldigten festhält, jedenfalls nicht mehr die Bedeutung hat, daß ein disziplinäres oder dienstpolizeiliches Einschreiten sich rechtfertigen würde. Es wird deshalb, zumal die Theolog. Fakultät die Frage dieser Äußerung als durch die Entschuldigung des Professors von Marschall erledigt erachtet, die Äußerung a) nicht zum Gegenstand des Einschreitens gemacht.

Was die Äußerung unter b) anlangt, so hat der Beschuldigte, wie aus seinen Einräumungen hervorgeht, die Verantwortlichkeit seiner Äußerung selbst empfunden. Bei Beurteilung der Frage, ob und inwiefern diese Äußerung gegen die Beamtenpflicht verstößt, muß von der Tatsache ausgegangen werden, daß der Beschuldigte als Beamter des Staates bei der amtlichen Feier der Reichsgründung gesprochen hat. Der Beamte genießt kraft seiner amtlichen Stellung Achtung und Vertrauen; aus dem Verhältnis des Beamten zum Staat ergibt sich, daß der Beamte seinerseits verpflichtet ist, dem Staat und dem verfassungsmäßigen Träger der Staatsgewalt mit Achtung zu begegnen. Der Beschuldigte hat diese Pflicht in gröblicher Weise verletzt, indem er den Reichspräsidenten unter Namensnennung in der wegwerfenden Form „Ebert, Haase und Genossen“ als Usurpatoren bezeichnet und ihn faktisch des Hochverrats geziehen hat.

Angesichts der objektiven Schwere dieses Verstoßes müßte die Durchführung des auf Dienstentlassung oder Strafverurteilung gerichteten förmlichen Disziplinarverfahrens erwogen werden, wenn man nicht dem Beschuldigten die von ihm in subjektiver Einsicht vorgetragenen Gründe zugute halten wollte. Die Versicherung, daß er nicht beleidigen wollte und daß er die fraglichen Stellen im Manuskript gestrichen gehabt und nur in der krankhaft gesteigerten Erregung des Augenblicks vorgetragen habe, ist nicht widerlegt. Zugunsten des Beschuldigten spricht dabei auch die Tatsache, daß er nur durch die eine Stelle seiner langen Rede Anlaß zum Einschreiten gegeben hat, während er in den übrigen Teilen das Bestreben gezeigt zu haben scheint, der heutigen Staatsordnung gerecht zu werden.

Unter Berücksichtigung dieser Milderungsgründe wird dem Antrag des Vertreters der Staatsanwaltschaft entsprechend in Anwendung der §§ 78 ff., 87, 94 W.G. unter Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen den ordentlichen Professor Dr. Frhr. Marschall von Bieberstein an der Universität Freiburg auf die Ordnungsstrafe des Verweises erkannt.

## Badischer Landtag

Plenarsitzung am 28. Juli.

Die Tagesordnung zu der am nächsten Dienstag, 28. Juli, vormittags 8 Uhr, stattfindenden öffentlichen Sitzung des Landtags ist folgende:

Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über den 2. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1924 und 1925, und zwar:

Hauptabteilung

II: Staatsministerium, Berichterstatter Abg. Seubert;

III: Ministerium des Innern, Berichterstatter Abg. Dr. Fähr und Weighaupt;

IV: Ministerium der Justiz, Berichterstatter Abg. Marum;

V: Ministerium des Kultus und Unterrichts, Berichterstatter Abg. Rüdert und Marum;

VI: früheres Arbeitsministerium, Berichterstatter Abg. Dr. Glöckner und Habermehl;

VII: Finanzministerium, Berichterstatter Abg. Seubert,

sowie in Verbindung mit den einzelnen Voranschlagshauptabteilungen die einschlägigen Anträge und Gesuche.

## Sportwettkampf der Badischen Polizeischule

Ergebnisse vom 22. Juli 1925

100 m Schwimmen, beliebig: St.-Nr. 308: Streifenm. Klar, Pol.Schule 1:22,4; 186: Wachtm. Wiederroth, Freiburg 1:33; 441: Pol.Wachtm. Schwab, Forzheim 1:33; Pol.Wachtm. Hed 1:37; 222: Notkenn. Dahler, Raftatt 1:38,8; 400 m Schwimmen, beliebig: St.-Nr. 441: Pol.Wachtm. Schwab, Forzheim 7:36,3; 445: Wachtm. Schuster, Karlsruhe 8:33; 392: Pol.Mann Senger Pol.Schule 8:43; 53: Notkenn. Völsching, Mannheim 8:45,3; 374: Pol.Mann Gäfner, Pol.Schule 9:37.

200 m Schwimmen, Brust: St.-Nr. 36: Streifenm. Petri, Heidelberg 3:49,5; 106: Hauptwachtm. Weber, Karlsruhe 4:00; 26: Streifenm. Bauer, Heidelberg 4:6,1; 382: Pol.Mann Mayländer, Pol.Schule 4:8,6; 178: Pol.Oberleutnant Kopp, Freiburg 4:9.

Wettkampfschwimmen: St.-Nr. 308: Streifenm. Klar, Pol.Schule 54, 7: Zugwachtm. Dellig, Heidelberg 45, 450: Streifenm. Heßler, Karlsruhe 44, 106: Hauptwachtm. Weber, Karlsruhe 41, 222: Notkenn. Dahler, Raftatt 41, 155: Notkenn. Bonnet, Karlsruhe 37 Punkte.

25 km Gepädemarsch: St.-Nr. 344: Pol.Mann Kattermann, Pol.Schule 3,01:08, 895: Pol.Mann Strauß, Pol.Schule 3,00:11, 54: Streifenm. Gündel, Mannheim 11: Streifenm. Casenstab, Heidelberg, 898: Pol.Mann Bedefind, Pol.Schule, 295: Streifenm. Deißig, Forzheim, 191: Notkenn. Behr, Freiburg, 354: Pol.Mann Sächs, Pol.Schule, 366: Pol.Mann

Bär, PolSchule, 360; Polmann Weisheit, PolSchule, 156; Rottmann, Buch, Karlsruhe, 332; Polmann Nagel, PolSchule, 291; Streifenn. Rößlin, Waldshut, 296; Streifenn. Lay, Waldshut, 294; Streifenn. Neumeier, Waldshut, 309; Streifenn. Schall, PolSchule, 335; Bachm. Dohauer, PolSchule, 231; Streifenn. Keller, Raftatt, 459; Polmann Balsch, PolSchule.

**Gewichtshoben (Hünfkampf), Gewichtsklasse 1 (bis 63 Kg.):** St.-Nr. 507: Streifenn. Kühner, Karlsruhe 720 Pfund, 40; Polmann Winkler, PolSchule 575 Pf., 371; Polmann Gugholz, PolSchule 560 Pf.

**Gewichtsklasse 2 (62-57 Kg.):** St.-Nr. 434: PolBachm. Groß, Mannheim 770 Pf., 158; Rottmann. Fischer II, Karlsruhe 720 Pf., 364; Rottmann. Marggrander, PolSchule 720 Pfund.

**Gewichtsklasse 3 (über 75 Kg.):** St.-Nr. 315: Polmann Hammerich, PolSchule 785 Pf., 189; Rottmann. Langenbach, Freiburg 750 Pf., 439; Krimmstent Geh., Pforzheim 685 Pf.

**Turnerischer Siebenkampf (für Ältere):** St.-Nr. 410: PolBachm. Verhalter E., Karlsruhe 127 Punkte, 425; PolBachm. Oberst, Karlsruhe 114, 419; PolBachm. Huber, Karlsruhe 107, 401; PolRom. Schiffrant, Karlsruhe 102.

**Turnerischer Zwölfkampf (Oberstufe):** St.-Nr. 332: Polmann Ritzmann, PolSchule 218 Punkte, 307; Streifenn. Kircher, PolSchule 207, 164; Streifenn. Ottmüller, Karlsruhe 198, 4; Streifenn. Kunz, Heidelberg 180, 122; Streifenn. Lurel, Karlsruhe 177.

**Turnerischer Zwölfkampf (Unterstufe):** St.-Nr. 350: Polmann Metz, PolSchule 221 Punkte, 77; Streifenn. Bauch, Mannheim 215, 262; Rottmann. Strobel, Pforzheim 214, 232; Streifenn. Ludwig F., Raftatt 212, 15; Streifenn. Metz, Heidelberg 208, 84; Streifenn. Merkel, Mannheim 198, 88; Streifenn. Mimmeler, Heidelberg 197, 42; Streifenn. Weibert, Heidelberg 194, 88; Streifenn. Schmidt, B. Mannheim 192, 26; Streifenn. Dreißigacker, Heidelberg 190.

Das angebliche Ehepaar Dr. Lippert, welches schon seit etwa einem Jahre in den Kurorten des badischen Schwarzwaldes fortlebte in Hotels Zehbeträge verübte und die Hotelgäste bestahl, konnte nunmehr in der Person des Ernst Peter Schmidt aus Marbach und der Marie Fieg aus Durlach festgenommen werden. Das Betrügerpaar, welches in das Bezirksgefängnis in Ottenheim eingeliefert worden ist, wird von 15 Behörden gesucht. Etwaige weitere von Schmidt und Fieg verübte Straftaten, die bis jetzt noch nicht zur Anzeige gebracht worden sind, wollen dem Badischen Landespolizeiant in Karlsruhe mitgeteilt werden.

### Aus der Landeshauptstadt

**Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe v. 23. 7., 8 Uhr vorm.:** In Baden herrschte gestern meist heiteres Wetter bei Mittagstemperaturen von 33 Grad in der Ebene und 22 Grad auf dem Feldberg. Heute früh war es in Nordbaden noch heiter, während im Süden Bewölkung auftrat; eine Folge der über Frankreich erkennbaren Druckstörungen. Im Norden flacht das Hochdruckgebiet ab. Die Druckstörungen im Westen nehmen zu. Es ist vorübergehend etwas kühleres Wetter mit Gewitterregen in Aussicht. Voraussage für morgen: wechselnd bewölkt, etwas kühler, streichweise Gewitterregen.

**Wiener Operette im Städt. Konzerthaus.** Heute, Donnerstag, 23. Juli, findet die Erstaufführung der bekannten Operette „Das Ruslanenmädchen“ statt. Die Hauptrollen werden gespielt von den Damen von Damario, Schardt, von Herz, Hermsdorf und Meiter und den Herren Czop, Pistorius, Schleifer, Stabler und Valenta. Morgen, Freitag, wird die große Ausstattungoperette „Gräfin Mariza“ gegeben werden, während Samstag „Das Ruslanenmädchen“ zur Wiederholung gelangt. Am Sonntag: „Gräfin Mariza“. Zur Bequemlichkeit der auswärtigen Besucher beginnen die Sonntagvorstellungen künftig um 7 Uhr. Der Theateraal wird täglich gekühlt.

### Verschiedenes

**W.B. Baden (Schweiz), 23. Juli.** Zu dem Flugzeugabsturz wird gemeldet: Das von dem Piloten Hieronymus gesteuerte Flugzeug hatte vier Passagiere an Bord. Es war in Stuttgart wegen Motordefekts verspätet zum Fluge nach München gestartet. Auf dem Rückfluge wurde es von Winde nach der Schweiz abgedrückt. Dabei verlor der Führer die Orientierung, zumal er wegen mangelnden Lichtes den Kompaß nicht kontrollieren konnte. Als er die Richter von Baden wahrte und niedergehen wollte, stieß er dabei so heftig auf dem Boden auf, daß der eine der Passagiere, der 60jährige Dr. Ing. Lindenberg aus Baden-Baden getötete und zwei andere Passagiere Beinwunden und Kopfverletzungen erlitten. Der vierte Passagier blieb sozusagen unberührt. Der Pilot erlitt einige Rippenbrüche und Quetschungen im Gesicht.

**Schiffstaktrophe im Bosporus.** Ein türkisches Segelschiff mit 16 Soldaten an Bord ist im Bosporus gesunken. Die gesamte Besatzung ist ertrunken.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	23. Juli		22. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.66	169.08	168.69	168.11
Kopenhagen 100 Kr.	91.88	92.12	87.89	88.09
Nissien . . . 100 R.	15.31	15.35	15.43	15.47
London . . . 1 Pf.	20.390	20.911	20.390	20.911
Neubork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	19.71	19.75	19.80	19.84
Schweiz . . . 100 Fr.	81.45	81.65	81.44	81.64
Wien 100 Schilling	59.062	59.202	59.055	59.195
Prag . . . 100 Kr.	12.43	12.47	12.425	12.465

Buteilung überall 100 Prozent

### Staatsanzeiger

**Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufsangehörige.**

In die Bezirksamter - Versicherungsämter - Zum Vollzug der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 12. Mai 1925 über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufsangehörige (Reichsgesetzblatt I Seite 69) gehen den Versicherungsämtern in den nächsten Tagen f. Hd. Abdrücke einer Bekanntmachung des Reichsversicherungsamts vom 24. Juni 1925 I. 1. Nr. 2342 über die Feststellung von Mustern für die Anzeigen über gewerbliche Berufsangehörige nebst den dazu gehörigen Anlagen A und B zu. Die Bekanntmachung sowie die Anlagen werden auch in den Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts veröffentlicht werden.

Zum Vollzug der Verordnung wird weiter bestimmt: Die Kosten der den Ärzten von den Versicherungsämtern abzugebenden Anzeigeformblätter (Muster B) gehören zu den sachlichen Kosten der Versicherungsämter (§ 59 Reichsverordnung). Sofern nicht besondere Vereinbarungen getroffen sind, dürfen die Ärzte außer der Gebühr für die Anzeigen (§ 8 Absatz 3 der Verordnung) nach Abgabe der ärztlichen Gebührenscheinordnung auch Ersatz der ihnen durch die Anzeige entstehenden Portoauslagen zu beanspruchen haben.

Zur Bornehme der Unterführung des Erkrankten geeignet im Sinne des § 7 Absatz 3 der Verordnung werden im allgemeinen diejenigen Ärzte sein, die über die nötige Sachkunde und Erfahrung auf dem Gebiete der gewerblichen Berufsangehörigen verfügen. Die Bezirksamter haben sich dienlich mit den Fragen der Gewerbebehörde und der gewerblichen Erkrankten zu befassen. Es wird sich empfehlen, den betreffenden Ärzten eine entsprechende Anzahl Muster zur Verfügung zu stellen.

Zu § 9 der Verordnung wird bestimmt, daß die Versicherungsämter eine Abschrift der Anzeige über die Erkrankung nach Muster A dem Gewerbeaufsichtsamt (Landesgewerbeamt) jeweils unverzüglich mitzuteilen haben.

Die in Betracht kommenden Betriebe sind auf die neuen Vorschriften hinzuweisen. Die Muster für die Anzeigen (A und B) können von der Maschlo'schen Druckerei in Karlsruhe bezogen werden.

Karlsruhe, den 20. Juli 1925.  
Der Minister des Innern  
Reumle

Nr. 69440

Andie

Dienststellen der inneren Verwaltung:

Postfungen.

Der Herr Reichspostminister hat um Bekanntgabe nachstehender Mitteilung ersucht:

Postfungen mit ungenügender und unleserlicher Angabe der Bestimmungsbezeichnung sind meist Fehlleitungen und damit Verzögerungen ausgesetzt. Um dies zu vermeiden, ist es nötig, den Ortsnamen groß und deutlich und genau der postamtlichen Bezeichnung entsprechend mit dem ihm zur Unerscheidung von anderen Orten beigelegten Zusatz der aus den Aufgabestempeln ersichtlich ist, ohne Abkürzung anzugeben und im Kopf der Briefbogen, Briefumschläge, Rechnungen usw. den Postort in derselben Weise und außerdem die Wohnung niederzuschreiben oder vorzudrucken zu lassen. Bei Sendungen nach großen Städten mit mehreren Zustellpostanstalten ist außerdem hinter der Ortsbezeichnung die Nummer der Zustellpostanstalt und bei Berlin auch der Postbezirk (W., N., NO.) usw. anzugeben. Das vom Reichspostministerium herausgegebene Verzeichnis der Postanstalten Eisenbahn-, Kraftwagen-, Luftverkehr und Dampfeschiffstation usw. enthält alle Postorte mit den zugehörigen Bezeichnungen und ist für 240 RM durch Vermittlung jeder Postanstalt käuflich. Zur Ermöglichung eines glatten Postverkehrs wollen obige Gesichtspunkte genau beachtet werden.

Karlsruhe, den 17. Juli 1925.

Der Minister des Innern  
J. B. Reers

### Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat August noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

### Villa am Bodensee

bei Schachen, herrl. Badestrand u. Gebirgsaussicht, neu, sofort beziehbar.  
Preis Mark 28 000.— G.588  
ohne Platz. Preis für Garten Mk. 10.— pro qm. Größe 1000—3000 qm nach Belieben. Offerten unter Nr. 833 an Exped. Th. Hecke, Stuttgart.

### Wiener Operette im städtischen Konzerthaus

Morgen Freitag, 24. Juli, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
Der große Ausstattungsschlager

### Gräfin Mariza

von Emmerich Kalman  
Billets von M. 1.50-5.30 bei F. Müller, Kaiserstr., Zigarren-Brunnert, Kaiserallee, Holzschuh, Werderstraße 48, und an der Tageskasse. G.548  
Samstag: Das Musikantenmädchen

### Wieden (bad. Schwarzwald)

### Gasthaus und Pension zum Hirschen

830 m ü. d. M. Telefon Todtnau 22  
Für Sommeraufenthalt bestens empfohlen.  
Eigene Landwirtschaft. Anerkannt gute Verpflegung.  
Pensionspreis 5 Mark.  
G.590 Der Besitzer: L. Stiefvater.

#### Konkursverfahren.

B.302. Wiesloch, über das Vermögen der Firma Hattlicher u. Sieber in Wülshausen wurde heute am 20. Juli 1925, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Rechtsanwalt Speckert in Wiesloch wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 10. August 1925 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wurde zur Beschließung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

#### Wittwoch, 5. August 1925,

vormittags 10 Uhr, in den Schöffengerichtssaal, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, 18. August 1925, vormittags 10 Uhr, im Schöffengerichtssaal vor dem Amtsgericht Wiesloch Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum

#### 3. August 1925 Anzeige zu machen.

Wiesloch, 20. Juli 1925.  
Badisches Amtsgericht.  
Der Gerichtsschreiber.

### Güterrechtsregister.

B.301  
Güterrechtsregister - Eintrag Band I Seite 6: Langenbacher, Karl, Holzschuh in Wülshausen, und Helene geb. Zint ebenda. Durch Vertrag vom 29. Mai 1925 ist Gütertrennung des B.G.B. vereinbart. Wühl, den 17. Juli 1925. Bad. Amtsgericht II.

#### Raftatt. B.304

Güterrechtsregister - Eintrag Band I Seite 453; Wilhelm Nold, Weichenwälder, und Frieda geb. Röhn in Detigheim. Vertrag vom 11. Juli 1925. Ertragsgemeinschaft. Das von der Ehefrau eingebrachte und das ihr künftig durch Erbschaft oder Spentung anfallende Vermögen ist deren Vorbehaltsgut. 16. Juli 1925. Amtsgericht Raftatt.

#### Raftatt. B.305

Güterrechtsregister - Eintrag Band II Seite 459; Wollm, Max, Eisenbrecher, und Luise geb. Mittmann in Raftatt. Vertrag vom 17. Juli 1925. Gütertrennung gemäß §§ 1426 ff. des B.G.B. 18. Juli 1925. Amtsgericht Raftatt.

### Bereinsregister.

Durlach, Vereinsregister. Eingetragen am 18. Juli 1925: Sanger und Turnerbund Durlach-Aue G. B., Sitz Durlach-Aue. Amtsgericht. B.303

### Badische Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk)

#### Reichsmarkbilanz per 31. März 1925.

	Aktiva.	Passiva.	
Grundstücke	106 779.95	Stiempkapital	18 000 000.—
Gebäude	2 143 022.89	Anleihe I (Murgwerk)	3 499 444.—
Betriebsanlagen	20 434 641.16	Anleihe II (Schuchsee) 1. Teil	1 228 434.—
Im Bau befindliche Anlagen	14 380 328.97	Anleihe II (Schuchsee) 2. Teil	88 114.58
Fähler	1 341 663.77	Kohlenverantleihe 200 382,5 t	à RM 17.50
Lagerverräte	957 916.54	Kohlenverantleihe auf Reichsmark umgestellt	4 223 712.50
Inventory, Apparate, Werkzeuge und Fahrzeuge	1.—	Staatsschuldverwaltung	285 750.—
Beteiligungen	261 777.—	Darlehen	2 500 000.—
Effekten	61 019.79	Anleiheinrentkonto Murgwerk und Schluchsee	24 100.—
Kasse	815.66	Anleiheinrentkonto Kohlenverantleihe	= RM 64 800.—
Guthaben einchl. bei Banken	212 034.12	+ nicht eingelöste Zinsfideine	37187.76
Kontokorrent-Schuldner	1 704 042.83	Kontokorrent-Gläubiger	2 885 568.27
Vorausbezahlte Versicherungen	12 878.20	Wohlfahrtsfonds	110 000.—
		Reservefonds I (gesetzlicher)	961 844.86
		Reservefonds II	700 000.—
		Erneuerungsfonds	1 500 000.—
		Gewinn- und Verlustkonto	2 001 272.41
			41 616 921.88
Anmerkung: Fremde		Anmerkung: Fremde	
Kauttionen	RM 19 904.40	Kauttionen	RM 19 904.40
Bürgschaften	108 213.79	Bürgschaften	108 213.79

### Gewinn- und Verlustrechnung per 31. März 1925.

	Soll.	Haben.	
Betriebsausgabeneinchl. Versicherungen und Fremdstrombezug	3 593 247.66	Stromeinnahmen	8 674 230.78
Verwaltungsumkosten und Steuern	228 208.55	Verschiedene Einnahmen	88 497.84
Anleihezinse	100 100.—		
Erneuerungsfonds	1 500 000.—		
Reservefonds II	700 000.—		
Verteilung des Reingewinns:			
Gesetzliche Rücklage in den Reservefonds	RM 101 272.41		
10% Gewinnanteil a. RM 18 000 000.—	1 800 000.—		
Zuweisung an den Wohlfahrtsfonds	100 000.—	2 001 272.41	
	8 762 828.62		8 762 828.62

Karlsruhe, im Juli 1925.

### Badische Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk).

Der Vorstand:

O. Helmle. R. Fettiweis. Dr. R. Bengler. G. 8

Druck G. Braun, Karlsruhe.